

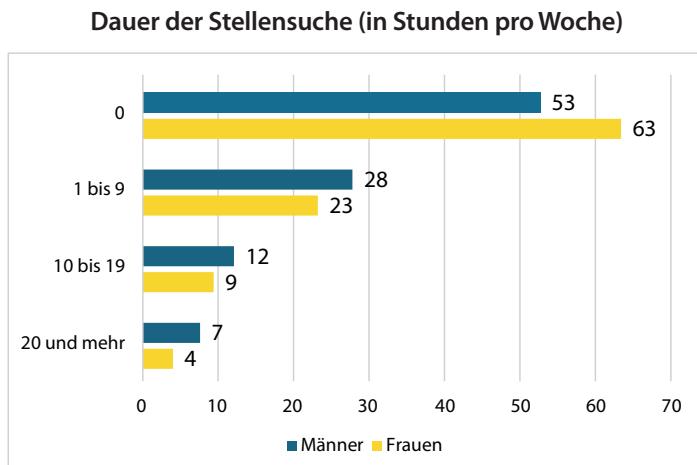
Informationen aus dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung 4/2025

Arbeitslose im Bürgergeld-Bezug: Mehr Hilfe zur Selbsthilfe bei der Stellensuche

vergleichsweise viele Arbeitslose, die das Bürgergeld erhalten, sind nicht oder jedenfalls nicht kontinuierlich auf der Stellensuche. Dies zeigt eine neue Studie des IAW und des SOKO Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, für die von April bis Juni 2025 eine Zufallsstichprobe von ca. 1.000 Personen befragt wurde, die seit mindestens einem Jahr Bürgergeld erhielten. Von ihnen gaben 57 Prozent an, sie hätten in den zurückliegenden vier Wochen nicht selbst nach einem Job gesucht. Diejenigen, die nach einer Stelle suchten, wendeten meist weniger als zehn Stunden in der Woche dafür auf. Weibliche Beziehende des Bürgergeldes

suchten etwas weniger häufig nach einem Job als Männer, und wenn sie auf Jobsuche waren, war der Zeitaufwand dafür geringer (siehe die Abbildung).

Die Daten zeigen, dass sehr unterschiedliche Konstellationen dazu führen, dass nicht nach einer Arbeitsstelle gesucht wird. An erster Stelle stehen gesundheitliche Einschränkungen, die 74 Prozent der Befragten als Grund angeben (Mehrfrachennungen waren zugelassen). Knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent) führt an, dass es auf dem Arbeitsmarkt keine passenden Stellen für die gibt. Bei einem Viertel fehlen nach der Eigeneinschätzung die



Quelle: IAW-SOKO-Befragung

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:

Editorial	1
Arbeitslose im Bürgergeld-Bezug: Mehr Hilfe zur Selbsthilfe bei der Stellensuche	1
Die sächsische Wirtschaft in der Transformation. Strategien der Krisenbewältigung und die Rolle arbeitsrechtlicher Regelungen.....	2

Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Potenziale für die Weiterentwicklung stattlicher Förderung	3
IAW-Vorträge	4
IAW-Veröffentlichungen.....	4
Personalia.....	4
Weitere Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie auf der IAW-Website unter www.iaw.edu .	

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 20 Jahren gibt es die Grundsicherung für Arbeitsuchende, also das derzeitige Bürgergeld. Trotz vieler Veränderungen ist der Ansatz derselbe geblieben: Wer trotz möglicher Hindernisse prinzipiell arbeiten kann, soll auf dem Weg in eine Beschäftigung unterstützt und nicht als erwerbsunfähig eingestuft werden – auch wennerder Weg lang und ungewiss ist.

Nicht alle der Leistungsbeziehenden sind selbst motiviert, diesen Weg zu gehen. Die sogenannten „Totalverweigerer“ prägen jedoch nicht die Arbeit der Jobcenter. Wie die neue Erhebung des IAW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zeigt, stehen hinter einer geringen Aktivität bei der Stellensuche meist massive Problemlagen. Soll man deshalb von Leistungskürzungen absehen, anstatt sie zu verschärfen, wie es jetzt beschlossen wurde? Das Instrument der Sanktion aus der Hand zu geben, wäre falsch – weniger, weil es dann mehr Leistungsmissbrauch gäbe. Viel eher deshalb, weil das Verständnis aufrechterhalten werden muss, dass zu einer Leistung auch eine Gegenleistung gehört. Für dieses Verständnis noch wichtiger sind allerdings Vermittlungsprozesse, an denen die Leistungsbeziehenden aktiv mitwirken können, und Unterstützungen, die ihre Vorstellungen berücksichtigen. Dieses Ziel muss weiter verfolgt werden, auch wenn das in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit nicht einfacher wird.

Das IAW und seine Mitarbeiterinnen wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute im neuen Jahr.

Bernhard Boockmann

Prof. Dr. Bernhard Boockmann

FORSCHUNGSBERICHTE

finanziellen Anreize für die Stellensuche, ungefähr ebenso viele (22 Prozent) nennen die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen als Grund. Jede fünfte Person, die Leistungen bezieht und nicht nach einer Stelle sucht, gibt die Angst, bei der Stellensuche zu scheitern, als Begründung an. Das betrifft vor allem Personen, die in ihrem bisherigen Lebensverlauf nicht viel Kontakt mit dem Arbeitsmarkt hatten.

Neben den Eigenbemühungen der Leistungsbeziehenden werden Stellenangebote und andere Unterstützungen der Jobcenter untersucht. Viele der Befragten gaben an, noch nie ein Stellen- bzw. Maßnahmenangebot vom Jobcenter erhalten zu haben (43 bzw. 38 Prozent), darunter überdurchschnittlich häufig Personen mit geringen Bildungsabschlüssen oder chronischen Erkrankungen. Insgesamt verstärken die Jobcenter durch ihre Stellenvermittlung die Unterschiede in den Aussichten auf eine Integration.

Bei der Frage nach Stellenvermittlung oder Maßnahmen kommt es darüber hinaus zu Konflikten, wenn Leistungsbeziehende sich durch Qualifizierungen beruflich weiterentwickeln wollen, das Jobcenter aber auf Bewerbungen auch auf Stellen mit einem geringeren Anforderungsniveau besteht. Dieser Zusammenhang ergibt sich insbesondere aus 20 Tiefeninterviews, die ergänzend zur standardisierten Befragung geführt wurden. Ein Teil der Gesprächspersonen fühlt sich durch das Jobcenter gut unterstützt. Auffallend ist jedoch, dass insbesondere Anfragen nach Umschulungen und Weiterqualifizierungen im Rahmen einer beruflichen Neuorientierung eine Absage durch das Jobcenter erteilt wurde. Die Ablehnung solcher Eigenbemühungen verweist auf mögliche Spannungen zwischen individueller Motivation und institutioneller Praxis und stellt die Frage nach der Responsivität des Systems gegenüber selbstformulierten Unterstützungsbedarfen.

Die Studie formuliert eine Reihe von Handlungsempfehlungen, wie es besser gelingen könnte, den Arbeitslosen Unterstützung und Mitwirkung zur Selbsthilfe zu gewähren. Frauen und Männer sollten im Hinblick auf Fördern und Fordern gleichgestellt werden. Auch sollten Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen noch zielgenauer an eine Erwerbstätigkeit herangeführt werden. Entscheidend ist vor allem, dass die Jobcenter die individuelle Handlungsfähigkeit und Autonomie der Leistungsbeziehenden stärken.

→ Die Studie kann hier heruntergeladen werden: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jobsuche-im-buergergeld>

Ansprechperson:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann
Tel. 07071 9896-20
bernhard.boockmann@iaw.edu

Die sächsische Wirtschaft in der Transformation. Strategien der Krisenbewältigung und die Rolle arbeitsrechtlicher Regelungen

Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz untersuchte das IAW die „Arbeitswelt Sachsen in Zeiten von Krisen und Veränderungen“. Die Ergebnisse wurden nun in einer Studie veröffentlicht.

Beleuchtet wurde in diesem Projekt, wie Betriebe und Beschäftigte in Sachsen im geltenden arbeitsrechtlichen Rahmen agieren. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob arbeits- und sozialrechtliche Normen in Krisenzeiten (z.B. Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie) und unter Transformationsbedingungen (z.B. Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie) eher Erfolgsfaktor oder Hemmnis sind. Die Studie kombinierte eine rechtswissenschaftliche Analyse mit Interviews von Unternehmensleitungen, Beschäftigten und Betriebsräten und berücksichtigt verschiedene Branchen, Regionen und Unternehmensgrößen, um ein differenziertes Bild der sächsischen Wirtschaft zu zeichnen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Fachkräfte mangel, Digitalisierung und die Folgen der Krisen zentrale Herausforderungen der Wirtschaft sind. Betriebe berichten von Schwierigkeiten bei der Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte, bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts innerhalb der Belegschaften und bei der Umsetzung der digitalen Transformation. Beschäftigte sehen sich besonders mit den Anforderungen an neue Qualifikationen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie konfrontiert. Damit wächst der Bedarf an flexiblen Arbeitszeitmodellen, Homeoffice-Möglichkeiten und besserer Infrastruktur, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

In ländlichen Regionen zeigt die Studie Veränderungsbedarf, etwa beim Internetzugang und ÖPNV, um jüngere Beschäftigte zu binden. Besonders kleine und mittlere Unternehmen haben im Wettbewerb um Fachkräfte das Nachsehen, da sie keine vergleichbaren Arbeitsbedin-

gungen bieten können wie größere Unternehmen in städtischen Regionen.

Die Untersuchung zeigt, dass der arbeitsrechtliche Rahmen insgesamt als angemessen wahrgenommen wird, in der betrieblichen Praxis jedoch vielfach auch nur eine untergeordnete Rolle spielt. Es wird ein wachsender Bedarf an mehr Flexibilität in Bereichen wie Arbeitszeiten und Kündigungsschutz geäußert, um schneller auf Veränderungen reagieren zu können. Zudem wird die zunehmende Komplexität der arbeitsrechtlichen Regelungen kritisch hinterfragt.

→ Die Studie kann unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/48394> heruntergeladen werden.

Ansprechperson:
Dr. Andreas Koch
Tel. 07071 9896-12
andreas.koch@iaw.edu

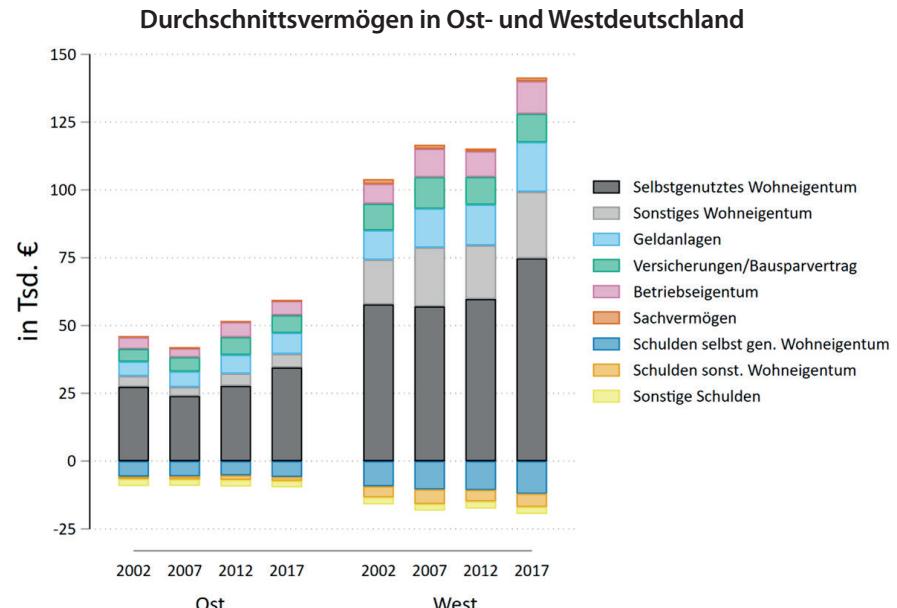
Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Potenziale für die Weiterentwicklung staatlicher Förderung

Nach wie vor unterscheiden sich Vermögen und Inanspruchnahme staatlicher Förderung zur Vermögensbildung zwischen Ost- und Westdeutschland. Dies zeigt eine aktuelle Studie des IAW für die Ostbeauftragte der Bundesregierung, die Treiber und Barrieren der Vermögensbildung sowie Einstellungen zu Anlageformen und Förderinstrumenten untersucht.

Insgesamt beträgt das Durchschnittsvermögen in Westdeutschland im Jahr 2017 ungefähr das 2,5-Fache wie in Ostdeutschland (siehe Abbildung). Dies ist wesentlich auf die unterschiedliche Verbreitung und den unterschiedlichen Wert von selbstgenutztem Wohneigentum zurückzuführen. Der Analyse des sozio-ökonomischen Panels zufolge ist der Anteil der Personen mit selbstgenutztem Wohneigentum im Westen (40 Prozent) höher als im Osten (30 Prozent); im Zeitverlauf zeigt sich kaum eine Angleichung. Auch der durchschnittliche Wert des Wohneigentums unterscheidet sich. Ferner sind nicht selbst genutztes, sondern z.B. vermietetes Wohneigentum sowie Betriebsvermögen Anlageklassen, die in Westdeutschland weitaus häufiger vorkommen als in Ostdeutschland.

Risikoärmere Finanzanlagen werden deutlich stärker in Ostdeutschland genutzt als in Westdeutschland. Diese höhere Präferenz für Sicherheit in Anlageentscheidungen kann auch beeinflusst sein durch die wirtschaftlichen Unsicherheiten der Transformationsjahre nach der Wende.

Im Osten haben 6,7 Prozent der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren geerbt, im Westen 8,4 Prozent; außerdem werden deutlich niedrigere Beträge übertragen. Dieses Ergebnis überrascht nicht, denn in Westdeutschland besitzt ein größerer Anteil als in Ostdeutschland überhaupt ein Vermögen, das vererbt werden kann. Der Bevölkerungsanteil, der spart, ist in beiden Landesteilen zwar gleich, aber die Differenz der monatlichen Sparbeträge wächst über die Zeit zugunsten West-



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung

deutschlands. Dies könnte auf geringere Sparmöglichkeiten in Ostdeutschland zurückzuführen sein, beispielsweise aufgrund von niedrigeren Einkommen, oder auf eine stärkere Präferenz für den aktuellen gegenüber zukünftigem Konsum. Staatliche Förderung wie vermögenswirksame Leistungen oder Wohnungsbauförderung wird bzw. wurde in Ostdeutschland mit Ausnahme des Baukindergelds seltener und in geringerem Umfang genutzt.

Die Treiber und Barrieren der Vermögensbildung wurden vertieft in acht Fokusgruppendiskussionen mit insgesamt 58 zufällig ausgewählten Personen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen untersucht. Im Fokus stehen die Präferenzen und Hindernisse bei der Nutzung sowie die Bewertung von Anlageformen und Förderinstrumenten. Die Ergebnisse zeigen unter anderem: Historische, soziale und kulturelle Faktoren beeinflussen weiterhin die Wahrnehmung von Vermögen sowie die Ziele und Handlungsmuster im Umgang mit Geld. Ostdeutsche präferieren tendenziell Sicherheit bei ihren Anlageentscheidungen, beeinflusst auch durch die wirtschaftlichen Unsicherheiten

der Transformation nach der Wende. Die Bedeutung einer soliden Finanzbildung wird wiederholt hervorgehoben. Die Teilnehmenden schätzen staatliche Förderung besonders, wenn sie klar strukturiert, leicht zugänglich und sicher erscheint.

Die Studie schließt mit Handlungsempfehlungen zur Förderung des Vermögensaufbaus und zur Verringerung von Vermögensunterschieden: ein systematischer Ausbau der Finanzbildung, eine stärkere Fokussierung einkommensschwächerer Gruppen – besonders in Ostdeutschland – beim Vermögensaufbau sowie eine Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente, die breiteren Bevölkerungsschichten zugutekommen und weniger einseitig auf Wohneigentum ausgerichtet sind.

→ Die Studie kann von der IAW-Website heruntergeladen werden: [Vorstudie „Vermögenssituation und denkbare Fördermodelle zur Kapitalbildung in Ostdeutschland“](#) Abschlussbericht 2025.

Ansprechperson:
Dr. Natalie Herdegen
Tel. 07071 9896-19
natalie.herdegen@iaw.edu

IAW-VORTRÄGE

20. November 2025

Andreas Koch/Michael Jauss: Einblicke in die betriebliche Ebene – zur Praxis der Wirtschaftstransformation. Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Expertise zu Betriebsfallstudien. DIFIS-Work-

shop „Arbeits- und Sozialpolitik in der Transformation“, Duisburg.

3. Dezember 2025

Bernhard Boockmann: „Arbeitskräftepotenziale in Deutschland besser aus-

schöpfen“, Impuls vortrag bei der Diskussionsveranstaltung der Stiftung Familienunternehmen „Schlummernde Potentiale wecken – Deutschlands Weg aus dem Arbeitskräftemangel“, Berlin.

IAW-VERÖFFENTLICHUNGEN

Neue Studien zur Aus- und Weiterbildung erschienen

Insbesondere in Baden-Württemberg, das sowohl von der wirtschaftlichen Transformation als auch vom Fachkräftemangel besonders betroffen ist, ist die Qualifizierung der Beschäftigten von größter Bedeutung. Zum Jahresende sind hierzu neue IAW-Studien auf Basis der Stichprobe für Baden-Württemberg des IAB-Betriebspansels, der größten Arbeitgeberbefragung Deutschlands, erschienen.

Tobias Scheu und Lena Walser zeigen in ihrer Studie „**Betriebliche Fort- und Weiterbildung in Baden-Württemberg 2024 – Eine empirische Analyse auf Basis des IAB-Betriebspansels**“ (IAW-Kurzbericht 3/2025), dass der Anteil der weiterbildenden Betriebe an allen Betrieben in Baden-Württemberg wieder

ungefähr auf demselben Niveau liegt wie vor der Corona-Pandemie, als nur wenig Weiterbildung stattfinden konnte. Dabei gab es Änderungen in der Form der Weiterbildung. Ein starker Anstieg zeigt sich insbesondere beim selbstgesteuerten Lernen.

Zwei weitere Studien beschäftigen sich mit der betrieblichen Ausbildung: Tobias Scheu und Lena Walser kommen im IAW-Kurzbericht 4/2025 mit dem Titel „**Betriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg 2024 – Eine empirische Analyse auf Basis des IAB-Betriebspansels**“ zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten in baden-württembergischen Betrieben seit dem Jahr 2021 stabil geblieben ist, während er in Deutschland insgesamt zurückging.

Ein Grund für die relativ hohe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe könnte die Erwartung eines künftigen Fachkräftemangels sein. So schlussfolgern Jan Simon Wiemann und Philipp Ziegler in der Analyse „**Angebot und Besetzung betrieblicher Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg – Eine Auswertung des IAB-Betriebspansels Baden-Württemberg**“ (IAW-Kurzbericht 1/2025), dass Betriebe mit erwarteten Personalengpässen oder hoher Vakanzquote ihr Ausbildungangebot ausweiten. Sie nutzen also die betriebliche Ausbildung zur langfristigen Fachkräftesicherung.

→ Die IAW-Kurzberichte können heruntergeladen werden unter <https://www.iaw.edu/iaw-kurzberichte.html>

Holger Bähr, Andrea Kirchmann: Beratung und Vermittlung in Arbeit: Verwaltungshandeln in Jobcentern. In: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 18. Jg. 2025-2: Schwerpunkt: Digitale Daseins-

vorsorge: Probleme, Positionen und interdisziplinäre Perspektiven, S. 452-471.

Nathalie Behnke, Bernhard Boockmann, Heidrun Braun, Gisela Färber, Stephan Grohs, Hannah Keding, Julia Krönung, Sabine

Kuhlmann, Frank Kupferschmidt, Gisela Meister-Scheufelen: Ursachen übermäßiger Bürokratie und Handlungsansätze für die Landesebene. In: dms – der moderne staat, 18. Jg., 2025-2, S. 487-503.

PERSONALIA



Birgit Ullrich feierte im September 2025 ihr 25-jähriges Dienstjubiläum. Sie ist maßgeblich bei der Organisation der Institutsarbeit, aber ebenso bei den Kontakten nach außen tätig – bei Veran-

staltungen, Pressekontakte und nicht zuletzt bei der Produktion der IAW-News. Das IAW-Team bedankt sich herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit und freut sich auf viele weitere Jahre.

Sarah-Lisa Walz und Henning Schatz haben ihre Tätigkeit als Hilfskräfte am IAW beendet.

© Foto: IAW

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.
an der Universität Tübingen
Schaffhausenstraße 73, 72072 Tübingen
Tel. 07071 9896-0 | iaw@iaw.edu | www.iaw.edu

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann
(Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden per E-Mail versandt und sind auf der IAW-Website verfügbar.